

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde,

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF (IGAS)

Eichwalde, am 10. September 2018

Az.: Io + EG

P R E S S E - I N F O R M A T I O N

zum "Offnen Brief" vom 5. September 2018 an die
Bundesjustizministerin Katarina Barlay,
"Gefährdung von Rechtsstaat, Sozialstaat und Demokratie
in Deutschland und Brandenburg ... "

Weshalb Bundesjustizministerin Katarina Barlay den "Offnen Brief "
zur Herstellung rechtskonformer Verfahrensweisen beim BER-SXF-TXL-MAW-Komplex
ernst nehmen sollte

- Die Vorgänge in Chemnitz im Blickwinkel politischer, sozialökonomischer
und psychologischer Betrachtungen und ihre Bedeutung für demokratische
Wahlen -

Ausgehend vom Interview des Diplomaten Wolfgang Ischinger, welcher seit
2008 die Münchner Sicherheitskonferenz leitet, in MAZ-Sonntag 8. September
2018, S.3, wollen wir zunächst dessen politische Einschätzung be-
trachten. Er schätzt die internationale Lage als "ungewöhnlich gefähr-
lich" ein, "weil mehrere Phänomene aufeinandertreffen" :

- umfassender Vertrauensverlust in der Weltpolitik, z.B. zwischen den
USA, Rußland und Europa, gefährdete Vertrauensbasis in Europa durch
Brexit und die Wischegrad-Staaten,
- Epochenbruch mit vielen schwerwiegenden regionalen Konflikten
gleichzeitig, teils kriegerischer Art, und
- die Migrations- und Flüchtlingskrise in Europa.

Für Deutschland bezeichnete Bundesinnenminister Seehofer die Flüchtlings-
krise als Kernpunkt, und ihm wird heftig widersprochen.

Andererseits zeigen der Aufwärtstrend von der AfD vereint mit PEGIDA und
die Vorkommnisse in Chemnitz, daß die etablierten Parteien an Zustimmung
und Mitstreitern verlieren und sich die Protestler rechten oder linken
Vereinigungen, also auch der neuen linken Sammlungsbewegung #aufstehen,
zuwenden, weil es aus der Mitte der Gesellschaft keinen sichtbaren Pro-
test gibt, dem man sich anschließen könnte . Dies vielleicht nicht zu-
letzt deshalb, weil jeder Protest a priori sofort einer rechten bis nazi-

stischen Einstellung zugeordnet wird - das schreckt ab, auch und gerade aufrechte Demokraten und Anhänger eines sozialen und demokratischen Rechtsstaates, nicht zuletzt wegen schärferer Polizeigesetze.

Gleichzeitig haben die sozialen Spannungen in und zwischen den europäischen Staaten zugenommen, weil die sozialen Unterschiede zunehmen und die Aufeinander-zu-Bewegung (Korrelation) in Europa stockt, der Lebensstandard vielfach sank, z.B. in Griechenland.

Aber durch die unterschiedliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der EURO-Staaten hat die Staatsschuldenkrise sich so sehr verstärkt, daß die EZB in großem Umfange Staatsanleihen aufkaufen muß und dadurch Banken sogar mit Negativ-Zinsen vorlieb nehmen müssen, wenn sie Kapital bei der EZB parken.

Dadurch sind viele Sozialfonds einfacher Bürger betroffen, welche keinen Gewinn mehr erzielen können und Leistungen kürzen müssen, auch zur Vorsorge.

Diese Krise des europäischen Finanzsystems aufgrund der Nichtausträumung der Ursachen der letzten Weltfinanz- und -Wirtschaftskrise und die unterschiedliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Europa erzeugt i.Vbdg. mit der immer noch nicht gelösten Flüchtlingskrise und den hohen Geburtenraten der Zuwanderer soziale Ängste, vgl. "Die Angst vorm weißen Mann", MAZ 7.September 2018, S.3, nicht zuletzt, weil zwar bis 1975 der IQ international zunahm, aber seitdem abnahm, vgl. MAZ-Sonntag 8./9.September, S.4, so daß der Konkurrenzdruck bei einfachen Tätigkeiten erwartungsgemäß zunimmt und dadurch die Volksparteien in der Gunst der Bürger immer tiefer sinken, vgl. MAZ 5.September 2018, S.2/3. - auch wenn dies nur vielfach ein Bauchgefühl ist und mancher Bürger dies nicht so detailliert begründen und formulieren kann.

Daß ein empfundener Konkurrenzdruck ein Umdenken in aggressivere Bahnen befördert, geht auch aus Analysen des französischen Star-Ökonomen Thomas Piketty hervor, denn steigende ökonomische Ungleichheit ist diesem äquivalent; vgl. sein Werk "Das Kapital im 21.Jahrhundert":

Er legte dar, daß die soziale Ungleichheit seit Jahrzehnten zunehme und inzwischen etwa einen Stand wie vor den beiden Weltkriegen erreichte - und daß wachsende Ungleichheit die Kriegsgefahr erhöhe. Hierin liegt also die ökonomische Begründung für die politische Einschätzung der Weltlage durch den Diplomaten Wolfgang Ischinger - es besteht Übereinstimmung !

Was aber könnte man zur psychologischen Begründung anführen ? Weshalb besteht für eine zukunftsangstrelevante außerparlamentarische Opposition in Ostdeutschland eine so fruchtbare Basis - auch wenn die Organisatoren vielfach aus den alten Bundesländern einfliegen ?

Viele Bürger mittleren Alters haben den TREUHAND-gesteuerten Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft hautnah erlebt und deshalb auch zur EURO-Zonen-Problematik eine ganz persönliche kritische Meinung, welche durch die Flüchtlingskrise noch verstärkt wird ; aktueller bzw. zukünftiger Konkurrenzdruck ! Daß ihre Stimme zu vielen für sie wesentlichen Entscheidungen und Belastungen kaum gehört wird, also das Mißtrauen gegenüber den "im eignen Saft schmorenden Parteien", verstärkt diese Überzeugung noch.

Diese psychologische Begründung hat also schon allein ihre Ursache in bisherigen Erlebnissen und daraus resultierenden Einschätzungen. Aber gibt es für die Zunahme der allgemeinen Aggressivität auch noch tieferliegende genetische Gründe ?

Dies scheint nach Kenntnisnahme einer Wochenend-ZDFneo-Sendung zum Kongo als möglich i.S. der Betrachtung von Genen der frühen Entwicklungsgeschichte der Menschheit.

Als aufgrund von andauerndem Vulkanismus die Urwälder dieser Gegend zunächst abstarben, so daß viele Primaten fast ausstarben, und sich später der Urwald wieder entwickelte und sich die Primaten wieder entwickelten und vermehrten, blieb wohl die Erfahrung des Ernährungs-Konkurrenzdrucks von einst gespeichert. Anders erscheint die Entwicklung sehr ähnlicher Arten zu sehr unterschiedlichem Sozialverhalten nördlich und südlich des Kongo, der eine biologische Grenze verkörpert, gar nicht denkbar. Nördlich des Kongo leben Schimpansen mit Gorillas im selben Verbreitungsgebiet, südlich des Kongo leben Bonobos allein als Primaten.

Durch den Kongo als Grenze haben sich Schimpansen und Bonobos zu separaten Primaten-Arten entwickelt. Aber der Nahrungs-Konkurrenzdruck nördlich des Kongo hat dazu geführt, daß sich die Schimpansen äußerst aggressiv entwickelten und, da sie gegen Gorillas machtlos sind, den Einfall anderer Schimpansen-Gruppen in ihren Lebensraum nicht nur aktiv und aggressiv abwehren, sondern ihre Artgenossen sogar verzehren.

Die südlich des Kongo lebenden Bonobos leben dagegen in friedlich-sozialer Eintracht miteinander und beheben etwaige Spannungen allein durch gemeinsamen Sex.

Die Übereinstimmung der Ergebnisse politischer, sozialökonomischer und psychologischer Überlegungen sollte zu denken geben, ist aber leider nicht dazu geeignet, zu Zukunftsperspektiven beruhigend zu wirken. Denn die derzeitige Entwicklung zu aggressivem Verhalten in Deutschland, der EU und der Welt ist damit also durchaus auch durch vorzeitliche genetische Anlagen zur Verarbeitung des der kapitalistischen Wirtschaftsform eigenen und des im Rahmen der Globalisierung offensichtlichen Konkurrenzdenkens unter Berücksichtigung eigener Erfahrungen und der sich daraus ergebenden Einschätzung der Zukunft denkbar.

Die kritische Lage, in welcher sich Deutschland, Europa und die Welt befinden, erscheint also auch aus dieser Sicht als zum Greifen nahe. Das aktuelle Wahlergebnis in Schweden sollte Warnung sein, da es in Deutschland wohl noch einige Anlässe mehr gibt, derartige Ergebnisse zu befürchten - die nächsten Regierungsbildungen dürften deshalb noch schwerer werden, als bisherige Regierungsbildungen, die schon schwierig genug waren.

Und da deshalb die Zukunft so unsicher wie noch nie erscheint, sollten verantwortliche Politiker wie die Bundesjustizministerin alles nur Erdenkliche unternehmen, um z.B. den Bürgern durch rechtskonforme und sozial gerechte Einflußnahme zur Lösung des BER-SXF-TXL-MAWV-Problems wieder mehr Mut zu machen, daß selbst jahrelang ungelöste Probleme doch noch lösbar sind, denn hierdurch wird dem Vertrauen in den demokratischen sozialen Rechtsstaat wieder Auftrieb zuteil !

Und dies ist dringend erforderlich, denn viele staatliche Aufgaben sind schon seit längerer Zeit nur noch durch eine breite ehrenamtliche Mitarbeit lösbar !



- Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT -